

Stellungnahme der Sozialistischen Linken zur Erarbeitung des Bundestagswahlprogramms 2009

Eine starke LINKE für eine andere Politik!

Der seit drei Jahren währende wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland ist zu Ende. Eine ernsthafte Rezession ist nicht unwahrscheinlich. Im Jahr 2009 wird die Beschäftigung auch statistisch nicht mehr zunehmen, die Arbeitslosigkeit wird nicht mehr sinken. Je nach Tiefe des Einbruchs wird sie wieder ansteigen, dies wird nur durch die kleiner werdende Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter abgeschwächt. Es herrscht große Unsicherheit über die weiteren wirtschaftlichen Aussichten.

Die Angst vor sozialem Abstieg und Verlust des Lebensstandards, vor Arbeitslosigkeit und Armut ist weiterhin groß und wird wieder wachsen. Zunehmende soziale Ungerechtigkeit und Spaltung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer, in oben und unten, prägt die soziale Wahrnehmung der Bevölkerung und insbesondere der potenziellen LINKE-WählerInnen. Der Aufschwung ist bei der Mehrheit nicht angekommen, um so mehr droht jetzt die Krise anzukommen. Dazu kommt die Inflation (die allerdings in 2009 voraussichtlich wieder niedriger als jetzt, deutlich unter drei Prozent liegen wird).

In dieser Situation kommt dem Kampf um die Deutung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen und ihrer Ursachen zentrale Bedeutung zu. Die etablierten Parteien werden versuchen, die wirtschaftliche Lage weiter schön zu reden, etwa Merkel: „Der Aufschwung ist bei den Menschen angekommen“. Und vor allem werden sie versuchen, den Aufschwung 2005 bis 2008 als Erfolg der Agenda 2010 und allgemein der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, der „Reformen“ von Rot-Grün und großer Koalition darzustellen. Sie werden dabei unterschiedliche Nuancen in der Bewertung zeigen und in der Frage, wie es weitergehen soll.

Die Kriegsfrage werden die anderen Parteien versuchen aus dem Wahlkampf auszublenzen. Gleichzeitig wird sich die Situation in Afghanistan und Pakistan absehbar zuspitzen. Deutsche Soldaten und Flugzeuge werden verstärkt gegenüber der Zivilbevölkerung eingesetzt werden. Vor dem Hintergrund des Konfliktes im Kaukasus wird auch die Rolle der NATO und der neuen geopolitischen Konflikte eine wichtige Rolle spielen.

Die CDU/CSU profitiert von der Schwäche und Zerrissenheit der SPD und wird sich als verlässliche Kraft des „Weiter so“ präsentieren. Mit dem Anspruch einer sozial ausgewogenen Politik, gegen eine vermeintliche Abkehr vom „erfolgreichen Kurs der Reformen“ und gegen „linke“ Forderungen der SPD wie Mindestlohn, mit dem Ziel „Reformblockaden“ durch eine durch eine schwarz-gelbe Koalition zu überwinden, weiter Steuern zu senken usw.. Dann werde die Schwächephase vorüber gehen und bald ein neuer Aufschwung einsetzen...

Kanzlerin Merkel, die in den letzten Jahren versucht hat mit der Außenpolitik zu punkten, wird voraussichtlich versuchen, dieses Thema in den Hintergrund treten zu lassen, weil ihre zentralen Anliegen - die Bundeswehrauslandseinsätze und der Lisabon-Vertrag - in der Bevölkerungsmehrheit bestenfalls auf Skepsis stoßen. Sie wird daher ihre Innenpolitik stärker betonen und wird sich als der verlässlichere Partner für soziale Sicherheit, die Fortsetzung der Familienpolitik von der Leyens und mit Initiativen für eine „Bildungsrepublik“ präsentieren wollen. Zudem wird die CDU/CSU

versuchen, mit dem Thema Atomkraft ihre vermeintliche Lösung für den Klimawandel stark zu machen.

Die FDP wird auf eine Radikalisierung der Politik drängen, beschleunigter Sozialstaatsabbau, Deregulierung, Privatisierung und Steuersenkung, um „Marktkräfte freizusetzen“ für einen neuen Aufschwung.

Die SPD wird ihren bisherigen Kurs als Erfolg verkaufen und für seine Fortsetzung werben, das ist spätestens seit Becks Rücktritt klar. Sie wird allerdings versuchen, sich als Partei 'moderner sozialer Gerechtigkeit' vorzustellen und vorsichtige soziale Korrekturen und Verbesserungen propagieren: Mindestlohn, flexibler Übergang in die Rente für besonders Belastete, Abgabentlastung von Geringverdienern und Kombilöhne, Bildungsoffensive... Zudem wird sie versuchen, sich friedenspolitisch mit Initiativen einer „neuen Ostpolitik“ zu profilieren. Anschließend wird sie bei der angestrebten Fortsetzung der großen Koalition oder einer Ampelkoalition ihr Geschwätz von gestern nicht zu stören brauchen, weil diese gegenüber den Koalitionspartnern nicht durchsetzbar wären. Das Dilemma der SPD setzt sich damit fort. Ihre Glaubwürdigkeit ist und bleibt schwer erschüttert. Die innere Zerrissenheit ist durch die neue Führung und den Kotau der „Parteilinken“ davor nicht zu beenden. Weite Teile der Mitgliedschaft sind orientierungslos und demotiviert. Das wird Auswirkungen auf Intensität und Attraktivität des SPD-Wahlkampfes haben.

Die Grünen werden sich ähnlich positionieren wie die SPD, die ökologische Seite und den Klimaschutz dabei stärker betonen. Sie profitieren von der Schwäche der SPD.

DIE LINKE muss dazu ein klares Kontrastprogramm vertreten. Sie muss alternative Deutungen der Krisenursachen und wirtschaftspolitische Forderungen für eine aktive Politik gegen die Krise präsentieren. Nur wenn die Linke diesen Kampf um die Deutung und politische Reaktion auf die nächste Krise gewinnt, öffnet sich auch ein Pfad für weitergehende sozialistische Veränderungen.

DIE LINKE muss sagen: Die Agenda 2010 hat soviel mit dem Aufschwung zu tun wie der Bau eines Sonnendachs mit dem Kommen des Sommers. Das Sonnendach bringt nur, dass man trotz Sonne im Schatten sitzen kann. Und die Agenda 2010 hat nur gebracht, dass es Millionen Menschen in Deutschland trotz Aufschwung immer schlechter geht, weil ihre Arbeitslosenhilfe gestrichen wurde, ihre Löhne immer mehr gedrückt werden, ihre soziale Unsicherheit immer größer wird.

Schon bei der Agenda 2010 war eine Hauptbegründung, „Lohnnebenkosten“ und Steuern müssten gesenkt werden, damit das Land wieder floriert. Gebracht hat diese Politik Sozialkürzungen für Erwerbslose und RentnerInnen, immer mehr Niedriglöhne, Leiharbeit und andere prekäre Beschäftigung. Der Aufschwung dagegen, der jetzt schon wieder zu Ende ist, war Resultat des wachsenden Weltmarktes und der normalen Investitionskonjunktur. Die Schröderschen Arbeitsmarktreformen und Agenda 2010 haben die deutsche Exportindustrie unterstützt, Druck auf die Beschäftigten und die Erwerbslosen zu machen und die Lohnstückkosten zu senken. Damit konnte sie ihre Weltmarktanteile steigern und hat europaweit Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen ausgeübt. Deutschland gilt mittlerweile als Dumpingexporteur. Die Kehrseite ist, dass so die Entwicklung der Binnenwirtschaft und der für diese produzierenden, überwiegend kleineren Unternehmen zusätzlich geschwächt wurde. Gesamtwirtschaftlich überwiegen die negativen Wirkungen. Ohne Agenda 2010 hätte der Aufschwung wahrscheinlich früher eingesetzt und wäre kräftiger verlaufen. Nach Berechnungen des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung haben die

schwachen Lohnzuwächse der jüngeren Vergangenheit per Saldo 600.000 Arbeitsplätze gekostet.¹

Die Krise ist nicht etwa Resultat von zu viel Sozialstaat und zu hoher Ansprüche, sondern Ergebnis des kapitalistischen Charakters der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Finanzkrise ist Ergebnis kapitalistischer Spekulation und von zu wenig öffentlicher Kontrolle und Regulierung. Die Schwäche des Aufschwungs in Deutschland ist Resultat der Schwäche der binnenwirtschaftlichen Nachfrage als Folge der gespaltenen Einkommensentwicklung: Die Masseneinkommen stagnieren oder sinken sogar, dem entsprechend die Kaufkraft. Gewinne und Vermögenseinkommen explodieren, werden aber nicht investiert, sondern heizen die Spekulation auf den Finanzmärkten an.

Wir brauchen einen grundsätzlichen wirtschafts- und sozialpolitischen Richtungswechsel in Deutschland: Nicht weniger, sondern mehr Sozialstaat und demokratische Eingriffe in die Wirtschaft. Keinen Rückfall in krisenverschärfende Kürzungspolitik, sondern aktives staatliches Handeln gegen die Krise. Gerade auch für Ostdeutschland und die anderen Regionen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit ist dies notwendig. Nicht der Sozialstaat ist das Problem, sondern der Kapitalismus, den müssen wir überwinden.

DIE LINKE hat Alternativen im Interesse der breiten Schichten der Bevölkerung: für höhere Einkommen der Beschäftigten und einen existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohn, gegen Lohndumping, Verkürzung statt Verlängerung der Arbeitszeiten, gegen Hartz IV und die Rente mit 67, für eine solidarische soziale Sicherung für alle, gegen Privatisierung, für den Ausbau von öffentlicher Bildung und Erziehung und sozialen Dienstleistungen. Dazu wollen wir ein groß angelegtes öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm: 50 Milliarden Euro jährlich für eine Million neue gute Arbeitsplätze. Zur Finanzierung dieser Ausgaben und zur Steigerung der Massenkaukraft wollen wir eine sozial gerechte Steuerreform: Entlastung der unteren und mittleren Einkommen, finanziert durch höhere Steuern auf hohe Einkommen. Mehraufkommen durch Vermögensteuer und höhere Erbschaftsteuer, stärkere Besteuerung der enorm gestiegenen Unternehmensgewinne und Kapitalerträge, Besteuerung von Spekulation und Finanztransaktionen, verstärkter Kampf gegen Steuerhinterziehung.

Das soziale Profil der LINKEN muss also weiter und unsere wirtschaftspolitischen Alternativen verstärkt in den Mittelpunkt der Wahlkampfauseinandersetzung gestellt werden. Dazu müssen klare Gegenposition in anderen wichtigen Politikbereichen kommen: Die LINKE streitet gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr und die Unterstützung imperialistischer Politik der USA und für die Überwindung der NATO. Wir kämpfen für eine Abkehr von Militarisierung und Neoliberalismus in der EU, für eine andere EU und für Alternativen zur neoliberalen Globalisierung. DIE LINKE fordert einen sozial gerechten ökologischen Umbau, insbesondere hin zu erneuerbaren Energien und Energieeinsparungen. Nur so kann der Klimawandel eingedämmt und können Kriege um Rohstoffe verhindert werden. DIE LINKE leistet Gegenwehr gegen den Aufbau eines Überwachungsstaates und den Abbau demokratischer Rechte und kämpft für mehr direkte Demokratie durch Volksabstimmungen. Sie tritt entschieden für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für bessere Chancen für Frauen ein.

DIE LINKE hat in dieser Situation große Chancen, noch stärker zu werden, wenn sie mit einem solchen klaren Kontrastprogramm gegen die anderen Parteien antritt. Sie wird dann sowohl breite Schichten der Arbeitnehmerschaft als auch von Sozialleis-

¹ Vgl. IMK Report Nr. 19, April 2007, S. 30f.

tungen abhängige sowie prekäre oder von Prekarität bedrohte Selbstständige und Kleinunternehmer – insbesondere im Osten – ansprechen können. Sie kann sowohl enttäuschte ehemalige SPD und Grünen-WählerInnen wie christlich-sozial gesinnte ehemalige Unions-WählerInnen gewinnen, aber auch viele Nicht- und ProtestwählerInnen auf sich orientieren. Wir müssen deutlich machen: Nur eine Stimme für DIE LINKE übt wirklich Druck aus, damit sich in diesem Land etwas zum Besseren verändert!

Damit ist zugleich das taktische Hauptziel der LINKEN als nicht nur parteipolitischer Selbstzweck, sondern politisch sinnvoll für die Interessen unsere WählerInnen präsentiert: Die Stärkung der LINKEN ist das wichtigste Resultat der Wahlen. Links wirkt und es muss noch stärker wirken. Zielmarken sind möglichst weit über zehn Prozent zu kommen und die klar drittstärkste Partei zu werden. Dazu muss die Botschaft kommen, auch im Wahlkampf: Wählen reicht nicht, wenn Ihr was ändern wollt, müsst Ihr mehr tun, in den Betrieben, Wohngebieten und auf der Straße, Ihr müsst Gewerkschaften und Initiativen stärken, euch an Aktionen und Demonstrationen beteiligen – und DIE LINKE stärken, indem Ihr Mitglied und aktiv in der Partei werdet.

Auf der Ebene der Mehrheitskonstellationen geht es darum, mit der Stärkung der LINKEN auch eine schwarz-gelbe Mehrheit zu verhindern. Diese Gefahr besteht, und dass damit alles noch schlimmer wird. Dies kann nur verhindert werden durch die Stärkung der LINKEN. Eine rot-grüne Mehrheit ohne DIE LINKE ist völlig außerhalb der Reichweite, davon geht also auch kein Druck aus, aus taktischen Gründen DIE LINKE nicht zu wählen. Im Gegenteil können wir Druck auf SPD und Grüne ausüben, indem wir erklären, dass wir einen von SPD und Grünen getragenen Politikwechsel selbstverständlich unterstützen würden. Dafür haben wir klare Ziele und Kriterien formuliert. Es liegt also an SPD und Grünen, dass eine Basis für eine rot-rot-grüne Zusammenarbeit und Regierungsalternative gegenwärtig und absehbar nicht existiert. Denn ein Richtungswechsel bei SPD und Grünen ist nicht absehbar.

Welche Forderungen sollten also in den Mittelpunkt des Wahlkampfs gestellt werden, die uns von den anderen Parteien unterscheiden? Sie müssen unsere zentralen Anliegen zugespitzt deutlich machen: Das könnten etwa folgende sein:

- Ø Gute Arbeit für Millionen durch Zukunftsinvestitionen: 50 Milliarden Euro für Bildung, Soziales, Umwelt und Klima!
- Ø Für höhere Einkommen – gegen Lohndumping: gesetzlicher Mindestlohn, Tarifverträge stärken und weg mit Hartz IV!
- Ø Gute Arbeit – gute Löhne – gute Rente. Gegen Kürzungen und gegen Rente erst ab 67!
- Ø Sozial gerechte Steuerreform: Das Geld von denen nehmen, die es haben!
- Ø Keine deutsche Kriegsbeteiligung – nirgends. Bundeswehr raus aus Afghanistan!